JUSTIZ

Gezerre um Abschiebung

Der Fall des Plutonium-Schmugglers Justiniano Torres Benítez, der am Donnerstag nach Kolumbien abgeschoben wird, bringt die bayerische Justiz in Bedrängnis. Das Landgericht München hatte Torres im Juli 1995 wegen des Nukleartransports von Moskau nach München zu knapp fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Als im Januar die Hälfte der Haftzeit verstrichen war, verlangten die Torres-Verteidiger die Ausweisung ihres Mandanten in sein Heimatland. Sie beriefen sich auf eine Vereinbarung mit dem Vorsitzenden Richter Heinz Alert und dem Leitenden Oberstaatsanwalt Dieter Emrich, die dem Urteil zugrunde gelegen habe. Die Staatsanwaltschaft lehnte zunächst ab – es habe keinen solchen Deal gegeben. Erst als die Torres-Anwälte beantragten, das Verfahren noch einmal ganz neu aufzurollen, stimmte die Staatskanzlei der Haftentlassung eilig zu. Das bayerische Justizministerium will jetzt den Richter für das Gezerre verantwortlich machen: Alert habe ein Gespräch mit dem inzwischen zum Generalstaatsanwalt aufgerückten Ermittler Emrich wohl unklar wiedergegeben. Das aber schließt der beteiligte Torres-Anwalt Werner Leitner aus – „besonders nach einem jetzt erneut geführten Gespräch“ mit Alert, der den Deal bestätigt habe. Das Justizministerium versuche, so Leitner, einen Wortbruch der Staatsanwaltschaft zu kaschieren.

AFP / DPA

Öffentliche Demütigung Verhafteter in China

AUSSENPOLITIK

Kommando vom Kanzler

Außenminister Klaus Kinkel (FDP) gerät wegen seiner Kanzlertreue in der eigenen Partei unter Druck. In der FDP-Fraktionssitzung am vorigen Dienstag beschwerten sich mehrere Liberale, darunter der FDP-Ehrenvorsitzende Otto Graf Lambsdorff, Kinkel habe sich in der China-Politik vom Kanzler vorführen lassen. Kinkel und das Auswärtige Amt waren über Wochen dafür eingetreten, in der Uno-Menschenrechtskommission wie in den Vorjahren eine China-kritische EU-Resolution einzubringen. Nachdem Frankreichs Präsident Jacques Chirac dies abgelehnt hatte, zwang Helmut Kohl seinen Außenminister zum Kurswechsel. Statt Kinkel führten Kanzleramtsminister Friedrich Bohl und dessen Abteilungsleiter Joachim Bitterlich die entsprechenden Gespräche mit Paris. Eine Verurteilung Chinas in Genf scheiterte. Trotzdem mußte sich allein Kinkel, der den Dissens auch am vorigen Donnerstag im Bundestag aus Loyalität zu Kohl verschwieg, öffentlich gegen den Vorwurf verteidigen, er sei vor China in die Knie gegangen. „Kinkel muß es abfackeln“, beschwerte sich Irmgard Schwaetzer, „und das Kanzleramt spielt den toten Mann.“

BA KOBLENZ

Führerbunker im Garten der Reichskanzlei (1947)

HAUPTSTADT

Unten und oben

Kaum ist der Versuch, Berlin mit einem monströsen „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ zu beglücken, verdientermaßen gescheitert, steigt eine neue Idee aus dem Abgrund der Geschichte auf. Das Gelände, das für den Bau des Holocaust-Mahnmals vorgesehen war, soll dem Staat Israel für den Bau eines Botschaftsgebäudes angeboten werden. Das „Filetgrundstück“ zwischen dem Brandenburger Tor und dem Potsdamer Platz scheint eine koschere Delikatesse zu sein, das nach jüdischer Verwendung schreit, obwohl hier in der Nähe mal der „Führerbunker“ war, dessen Überreste noch gut erhalten in der Erde ruhen.

Wer die Idee hatte, ist schwer zu ermitteln. Einige Spuren weisen in die Richtung des Berliner Senats, andere nach Bonn. Nur die Israelis – die Botschaft in Bonn und das Konsulat in Berlin – wollen damit nichts zu tun haben: „Das ist eine deutsche Angelegenheit, in die wir uns nicht einmischen.“

Bis jetzt pflegten die Täter gelegentlich an den Ort ihrer Taten zurückzukehren; nun könnten zur Abwechslung auch die Opfer, ersatzweise deren Erben, dorthin geschleppt werden. Man kann das Ganze außerdem recht pragmatisch sehen: Die Israelis suchen einen Bauplatz in der Nähe des künftigen Regierungsviertels, die Deutschen nach einer Möglichkeit, einen der gruseligsten Plätze der Stadt historisch zu entsorgen.

Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wäre die optimale Lösung gewesen, sozusagen ein Treffpunkt der toten Seelen: Unten spuken die Nazi-Geister, oben wird der ermordeten Juden gedacht.

Die israelische Botschaft über dem Führerbunker zu bauen wäre immerhin die zweitbeste Möglichkeit. In diesem Sinne wäre die Botschaft eine Art „living memorial“. Nicht einmal der Führer hätte es sich vorstellen können, daß über seinem Bunker eines Tages die weißblaue Fahne mit dem Davidstern wehen würde.

Was also spricht dagegen? Der bekannte Kleinmut der Berliner und Bonner Politiker, ihre Angst vor der eigenen Courage. Erst wenn Aldi oder Bolle das Gelände gekauft haben, werden die Politiker begreifen, was für eine Chance sie verpaßt haben.

Henryk M. Broder